

DEMOKRATIE WERKSTATT

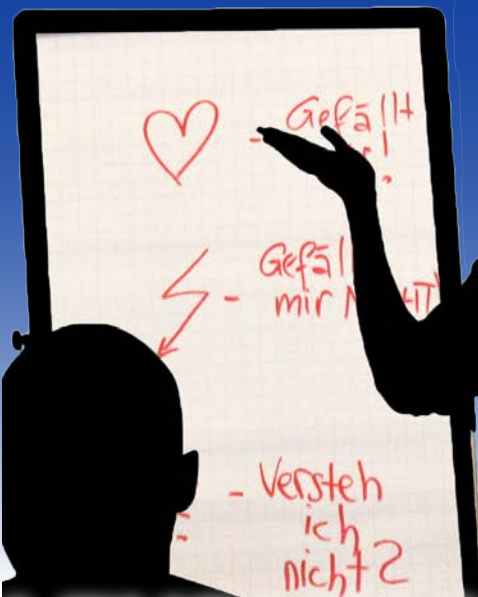


Lehrlingsparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Dienstag, 21. Mai 2019

STERNSTUNDEN



LEHRLINGSPARLAMENT



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Lehrlingsparlaments

Lehrlingsparlament startet in den Sitzungstag

Wien (PK) – Kennengelernt hatten die TeilnehmerInnen am Lehrlingsparlament (LP) die Hofburg zwar schon gestern, als sie im Großen Redoutensaal von Parlamentsdirektor Harald Dossi in Vertretung für Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt wurden. Als Abgeordnete in den Sitzungstag starteten die Lehrlinge aber heute, versammelt im Plenum des Nationalrats.

Bereits in Klubs aufgeteilt saßen sie auf den Sitzen der 'echten' MandatarInnen. Auf der Regierungsbank hatten VertreterInnen der Nationalratsfraktionen Platz genommen, welche die jungen Leute bei der parlamentarischen Arbeit unterstützen werden. Konkret sind das die Abgeordneten Karl Schmidhofer (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Christian Lausch (FPÖ), Josef Schellhorn (NEOS) und Daniela Holzinger-Vogtenhuber (JETZT).

Voller Tatendrang begaben sich die Jugendlichen der LP-Fraktionen Weiß, Orange, Lila und Gelb dann in ihre Klubräume, um die eigenen Beiträge für die erste Ausschusssitzung genauer zu planen. In Verhandlung steht heute ein Gesetzesvorschlag der Regierung, mit dem im Rahmen der Lehre ein verpflichtendes Auslandspraktikum in einem anderen EU-Land eingeführt werden soll. Dass das Lehrlingsparlament von großem Interesse ist, beweisen vor allem die für heute angekündigten internationalen Besuche im LP. Erwartet werden Vertreter aus Luxemburg und Sambia. (Schluss)



LEHRLINGSPARLAMENT 2019

Bericht über das Geschehen im Lehrlingsparlament.

Gestern kamen Lehrlinge aus vier verschiedenen Bundesländern (Kärnten, Burgenland, Wien und Niederösterreich) im Haus der Europäischen Union zusammen, um sich mit dem Thema Politik zu befassen. Die Jugendlichen wurden in vier verschiedene Klubs aufgeteilt, die jeweils unterschiedliche Aufgaben zugeteilt bekamen. Alle Klubs befassten sich konkret mit dem Thema „Erasmus+“. Dazu setzten sie sich mit dem Thema auseinander und vertraten ihre eigene Meinung. Nach längerer Recherche

über Erasmus+ wurden ExpertInnen hinzugezogen, die den Lehrlingen offene Fragen beantworteten. Heute wurden die Klubs im Plenarsaal des Parlaments von fünf Abgeordneten begrüßt, die jeweils den verschiedenen Klubs zugeordnet wurden. Die heutige Aufgabe lautet, dass die Klubs eine Koalition bilden, um eine Mehrheit zu erlangen. Am Ende des Tages werden alle Klubs in den Plenarsaal gerufen, um die endgültige Entscheidung zu fällen.

Jenny, Lea und Nicole



START IN DEN KLUBS

Beginn der Diskussionsrunden

Die Klubs haben sich in die verschiedenen Besprechungsräume zurückgezogen und begonnen, sich mit dem Gesetzesentwurf auseinanderzusetzen.

Dabei kristallisierten sich bereits diverse Meinungen und Positionen der einzelnen Klubs heraus.

Adrian und Thomas



KLUBARBEIT

Planungen vor dem Ausschuss

Die Abgeordneten vom Klub Violett diskutierten sehr impulsiv über die Gesetzesänderung der Projekte von Erasmus+. Sie zweifelten an der Änderung des Gesetzes zum Thema Auslandspraktikum und suchten ein neues gemeinsames Ziel, mit dem alle einverstanden waren. Die Klubs, die wir beobachtet haben, möchten eher eine Änderung des Gesetzes als dieses beizubehalten. In den nachfolgenden

Interviews sprach der Nationalratsabgeordnete Lausch darüber, warum es wichtig ist, dass Politik öffentlich kommuniziert und erklärt wird. Darauf folgend sprachen wir noch mit dem Nationalratsabgeordneten Schellhorn; er klärte uns über die Situation in seinem Klub auf und gab uns ein paar Einblicke.

Angelika und Rene

EINDRÜCKE VON DER KLUBARBEIT



DIE PARLAMETARIER_INNEN



Karl Schmidhofer (ÖVP)



Eva Maria Holzleitner, BSc (SPÖ)



Christian Lausch (FPÖ)



Josef Schellhorn (NEOS)



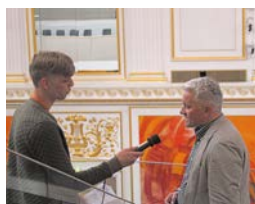
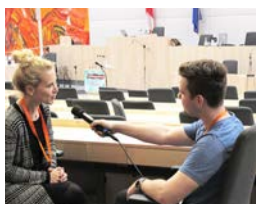
Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA (JETZT)

ABGEORDNETE

Zuerst trafen wir Herrn Lausch, mit dem wir darüber sprachen, warum es wichtig sei, über Politik öffentlich zu kommunizieren. Er erläuterte uns, dass es eines der wichtigsten Dinge ist, Politik in die Öffentlichkeit zu tragen und darüber zu diskutieren. Danach trafen wir auf den Abgeordneten Schellhorn,

mit dem wir unter anderem über seine Rolle beim Lehrlingsparlament gesprochen haben und wie sich die Klubs auf den bevorstehenden Ausschuss vorbereiten.

Angelika und Rene



DIE THEMENEXPERT_INNEN



Caroline Nindl, BA



Mag. Martin Prinz



Mag. Thomas Weber

EXPERTEN - INTERVIEW

Für unsere Lehrlinge wurden ExpertInnen hinzugezogen, die im Laufe des Tages interviewt wurden. Zum einen Mag. Thomas Weber aus dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments und im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments tätig, der uns erklärte, wie sich die heute diskutierte Gesetzesvorlage im realen Leben auf Lehrlinge auswirken könnte sowie Caroline Nindl, BA, die die Projektleiterin von Erasmus+ Berufsbildung ist und die

Mobilitätsprojekte in der Berufsausbildung betreut. Sie wurde gefragt, welche Gesetzesvorlage diskutiert wurde. „Es wird über die Gesetzesvorlage zum Thema Erasmus+ diskutiert.“ Des Weiteren wurde Mag. Martin Prinz, Leiter der Erasmus+ Berufsbildung OeAD, zu seiner Rolle beim Lehrlingsparlament befragt. Er stand den Lehrlingen für Fragen und Unklarheiten mit Rat und Tat zur Seite.

Lea und Nicole



IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Hersteller:

Parlamentsdirektion

Grundlegende Blattrichtung:

**Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.**

Lehrlingsparlament

Copyright für Seite 12:

Parlamentsdirektion/ Raimund Appel

Für alle anderen:

Parlamentsdirektion/ Demokratiewerkstatt



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Berufsschule für Handel und Reisen

Berufsschule Oberwart

BFI Kärnten

Kapsch Partner Solutions GmbH

Kärntner Gebietskrankenkasse

KELAG - Kärntner Elektrizitäts-AG

Kika/Leiner

Parlamentsdirektion

DER ERSTE AUSSCHUSS



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Lehrlingsparlament-Ausschuss wertet Auslandserfahrung grundsätzlich positiv Freiwilligkeit und finanzielle Absicherung der Lehrlinge für MandatarInnen im Fokus

Wien (PK) – Der Regierungsvorschlag, jedem Lehrling im Rahmen der Ausbildung ein Praktikum in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu verschaffen, stieß bei den MandatarInnen grundsätzlich auf Zustimmung. Am Vorschlag für die entsprechende Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, das "Erasmus+ Gesetz", gab es aber auch einige Kritik, besonders hinsichtlich der Verpflichtung, ein Auslandspraktikum zu absolvieren, gab es fraktionsübergreifende Ablehnung. Intensiv diskutiert wurden zudem die Dauer wie auch der geographische Umfang des Projekts. Den vorgeschlagenen Entfall der Lehrlingsentschädigung werten die Klubs durchgehend negativ, allerdings wünschen sie unterschiedliche Finanzierungsmodelle des Auslandsaufenthalts.

EU-Auslandpraktikum soll Lehre fördern

Im Detail soll das von der Regierung geplante Auslandspraktikum für Lehrlinge mindestens sechs Monate dauern. Die erforderliche Zeit sei den Lehrlingen freizugeben und auf die Lehrzeit anzurechnen, die Betriebe müssten aber keine Lehrlingsentschädigung in diesem Zeitraum zahlen, heißt es im Gesetzesentwurf. Die finanzielle Unterstützung der Lehrlinge würde vielmehr ebenso wie ihre professionelle Begleitung durch das Mobilitätsprogramm Erasmus+ sichergestellt. Die Lehrbetriebe könnten laut Novellenvorschlag über Erasmus+ auch eine pauschale Entschädigung erhalten.

Ziel der Änderung im Berufsausbildungsgesetz ist, die duale Ausbildung mit Auslandserfahrungen in anderen Unternehmen zu bereichern und dadurch noch attraktiver zu machen. Zusätzlicher Kompetenz- und Spracherwerb werden als konkrete Vorteile angeführt. Die Lehrbetriebe wiederum profitierten von den neuen Impulsen, die ihre jungen MitarbeiterInnen den Unternehmen im Heimatland nach ihrer Rückkehr geben können.

Fortsetzung

Fraktionen sehen Änderungsbedarf bei Praktikumsdauer

Der Klub Weiß warnte, dass es zu Widerständen bei Lehrlingen führen kann, wenn das Auslandspraktikum verpflichtend ist. Wichtig sei ein freiwilliger Auslandsaufenthalt von mindestens drei Wochen bis maximal sechs Monate, bzw. 12 Monate über die gesamte Lehrzeit hinweg. Außerdem pocht Weiß darauf, die gesetzlichen Regelungen Österreichs bezüglich Arbeitnehmer- und Jugendschutz für ErasmusteilnehmerInnen auch im Ausland geltend zu machen. Zum Thema Bezahlung hieß es, die Wirtschaftskammer (WKO) solle die Lehrlingsentschädigung zahlen, zusätzlich stünde den Lehrlingen eine Prämie von 50-100% des Lohns durch den inländischen Lehrherren zu. Darüber hinaus sollte es ein Tagegeld für Reisen, Unterkunft und Verpflegung geben. Die Ziele des Auslandspraktikums seien im Vorfeld zu definieren, so Weiß.

Für die VertreterInnen des Gelben Klubs bedarf der Gesetzesvorschlag, den sie sehr begrüßen, nur geringfügiger Abänderungen. Das Auslandspraktikum müsse freiwillig erfolgen und sollte erst nach Vollenden des ersten Lehrjahres möglich sein. Mindestens zweieinhalb Monate setzt Gelb für die Dauer fest, während der Praktikumszeit sollte der ausländische Betrieb die Lehrlinge entlohnen, wobei das Gehalt an die Kosten im jeweiligen EU-Land anzupassen wäre. Über Erasmus soll zusätzlich für das „Erleben“ des anderen EU-Landes zur Verfügung stehen. Die Nachholbarkeit der entfallenen Berufsschulzeit solle verpflichtendes Recht sein. Zudem empfiehlt Gelb, die aufnehmenden Betriebe im Ausland von der WKO prüfen zu lassen, um sicherzustellen, dass die Berufspraxis für die Lehrlinge sinnvoll ist. Besonders für Lehrlinge mit körperlichen Beeinträchtigungen bräuchte es vor Ort Kontaktpersonen für Hilfeleistungen. Zudem regt der Gelbe Klub an, auch zukünftige EU-Länder miteinzubeziehen.

Positiv sehe man am Erasmus-Praktikum für Lehrlinge den globalen Wissensaustausch sowie den Abbau von Vorurteilen, erklärte ein Sprecher des Klub Orange. Die Dauer des Praktikums solle sich an der Branche orientieren und von zwei Wochen bis maximal sechs Monaten innerhalb eines Lehrjahres gehen. Bedacht zu nehmen sei darauf, dass die versäumte Berufsschulzeit problemlos nachgeholt werden kann. Jedenfalls habe das Praktikum auf freiwilliger Basis zu erfolgen. Angeregt wurde von Orange überdies eine geographische Erweiterung des Programms, beispielsweise in Richtung USA, Kanada und Türkei.

Die Freiwilligkeit beim Auslandspraktikum ist dem Klub Lila ein großes Anliegen. Sicherzustellen sei außerdem die Verfügbarkeit des inländischen Lehrplatzes auch nach Absolvierung des Praktikums, das nicht länger als sechs Monate umfassen und erst ab dem zweiten Lehrjahr möglich sein solle. Vorab seien Sprach- und Kulturkurse sinnvoll, falls notwendig auch verpflichtend. Bedenken gibt es bei Lila hinsichtlich eines möglichen Lohnausfalls für einen Programmteilnehmenden in Verbindung mit dessen Fixkosten in Österreich. In den Raum stellte Lila die Frage nach den Vorteilen für den Betrieb im Inland. Überlegt wird von Lila in diesem Zusammenhang ein freiwilliger Test der Lehrlinge nach Abschluss des Auslandspraktikums, der letztlich der Selbstreflexion des Lehrlings dienen soll. (Schluss)



AUSSCHUSS

Ausschuss über Auslandsprojekt Erasmus+

Die Klubs stellen ihre Meinungen und Verbesserungen über das Thema Erasmus+ dar.

Diskutiert wird über die Dauer des Aufenthaltes sowie über die Freiwilligkeit und noch Vieles mehr. Einig ist man sich über einen verpflichtenden Sprachkurs, und dass man erst ab dem 2. Lehrjahr antreten darf. Die Kontrolle der Betriebe im Ausland und die Sicherstellung des Jugendschutzgesetzes sollten an erster Stelle stehen. Die Länge des Aufenthalts und auch die daran beteiligten Länder sind noch in

Diskussion. Viele der Lehrlinge denken, dass es eine gute Idee sei, ein Praktikum in Nicht-EU-Ländern zu absolvieren. Ob die Lehrlingsentschädigung und die dazugehörigen Prämien ausgezahlt werden, ist ebenso unklar. Menschen mit Beeinträchtigung sollen mehr gefördert werden, indem sie eine zusätzliche Betreuung bekommen, um Probleme des Alltags zu meistern. Wer im Endeffekt eine Koalition bildet ist noch nicht bekannt.

Nicole und Lea

ERASMUS+ ES GEHT NOCH BESSER

Bei Erasmus+ könnten laut den Lehrlingen noch einige Verbesserungen vorgenommen werden.

Bei Interviews mit den Klubs Orange, Violett, Gelb und Weiß unterschieden sich die Meinungen nicht sehr weit voneinander. Klub Orange fordert die Lehrlingsentschädigung vom Betrieb oder Erasmus+ während der Praktikumszeit.

Klub Violett möchte einen Lehrlingsaustausch in Gruppen oder auch einzeln in Auslandsfilialen ihres Lehrbetriebs ermöglichen.

Da es schon einmal einen Fall von Belästigung gegeben hat, ist dem Klub Gelb eine bessere Überprüfung der Austauschbetriebe sehr wichtig. Auch die

Minstdauer des Aufenthalts sollte laut dem Klub um einen bis zweieinhalb Monate (aber insgesamt höchstens sechs Monate) erhöht werden.

Klub Weiß dagegen legt viel Wert auf die Freiwilligkeit: „Niemand sollte dazu gezwungen werden, diese Erfahrung zu sammeln.“ Weiß sagt die Minstdauer sollte auf drei Wochen herabgesetzt werden. Zuschläge für teurere Länder und Arbeitsverträge sollten auch durchgesetzt werden.

Jenny

DIE GERÜCHTEKÜCHE BRODELT

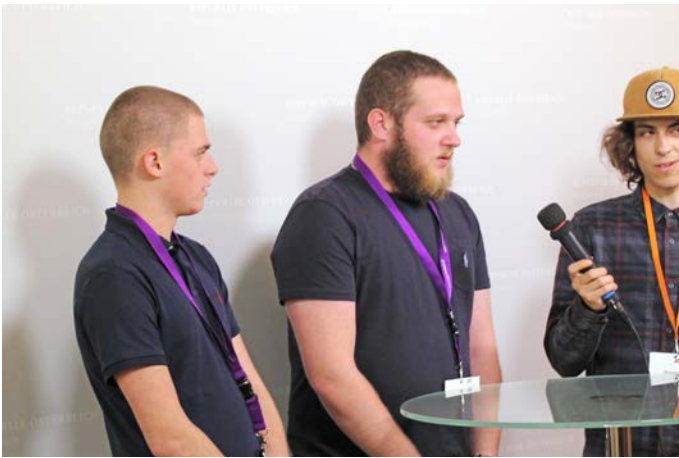
Kommt es zur Koalition?

In der Mittagspause kam es zu einigen Gesprächen zwischen den verschiedenen Klubs. Dabei kristallisierte sich heraus, dass es möglicherweise zu einer Koalition zwischen Weiß und Orange kommen

könnte. Dies ist durchaus realistisch, da die beiden Klubs einige Ansichten teilen.

Thomas und Adrian





KLUBS

Koalitionsverträge

In der zweiten Phase dieses Tages sprachen Gelb, Violett, Orange und Weiß über die Änderungen des Gesetzes. Gelb z.B. wollte mehr Sprachkurse, Zusatzprogramme etc. miteinbringen. Violett besteht mehr auf Freiwilligkeit, Mindestzeit im Praktikum und eine Lehrjahrsbegrenzung. Im Gegensatz zu Orange und Weiß, die fast deckungsgleiche Argumente haben, wie z.B. bei Kostensenkungen.

Bei den Koalitionsverträgen wollten sich von Anfang an Weiß und Orange zusammentun, doch am Ende einigten sich dann doch nur Orange und Gelb. Bei Weiß kam es zu heftigen Diskussionen mit den Juristen, daher kam es zu keiner Einigung mit anderen Klubs.

Angelika und Rene





AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Breite Mehrheit für Abänderung zum „Erasmus+ Gesetz“ LP-Ausschuss billigt adaptierte Fassung der Regierungsvorlage

Wien (PK) – Mit breiter Mehrheit befürwortete heute der Ausschuss im Lehrlingsparlament (LP) den Vorschlag zum sogenannten "Erasmus+ Gesetz" in der Fassung eines Gelb-Violett-Orange-Abänderungsantrags. Von Weiß stimmten lediglich zwei Klubmitglieder dem geänderten Gesetzestext zu, somit gab es keine Klubmehrheit von dieser Fraktion. Eine Weiß-Abgeordnete erklärte die mehrheitliche Ablehnung in ihrem Klub mit Unstimmigkeiten über bestimmte Punkte.

Konkret adaptiert wurden am Gesetz durch den Dreiparteiantrag die Bestimmungen zur Verpflichtung des Praktikums, zum geographischen Raum, zur Dauer und zur Entlohnung der Lehrlinge. So wird aus der Pflicht einer Ausbildungszeit im Ausland ein Recht, welches die Lehrlinge freiwillig in Anspruch nehmen können. Als mögliche Länder zum Sammeln von Ausbildungserfahrung sollen alle Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums in Frage kommen. Für die Dauer des Praktikums, in der ursprünglichen Regierungsvorlage mit sechs Monaten festgesetzt, sieht der Ausschussantrag mindestens drei Wochen und maximal sechs Monate vor. Die Lehrlingsentschädigung sei während dieser Zeit weiterzubezahlen, wobei das Gehalt an das Lohnniveau des jeweiligen Praktikumsstaats angepasst werden soll.

Durch die variabel festgelegte Laufzeit des Auslandspraktikums will der Ausschuss sicherstellen, dass eine branchenspezifische Abstimmung erfolgen kann. Aufgrund der breiten Ausschussmehrheit zum Gesetzesvorhaben sollten die größten Hürden im Plenum aus dem Weg geräumt sein, die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz zu beschließen. (Schluss)

AUSSCHUSSBERICHT

2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Lehrlingsparlaments XXVI. GP

Bericht

des Ausschusses des Lehrlingsparlaments

über die Gesetzesvorlage (2 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 26. März 1969 über die Berufsausbildung von Lehrlingen (Berufsausbildungsgesetz – BAG) geändert wird (Erasmus+ Gesetz)

Die Bundesregierung hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, mit der das österreichische Erfolgsmodell der dualen Ausbildung weiter ausgebaut und attraktiver gemacht werden soll. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem Erasmus+ Programm wird vorgeschlagen, dass alle Lehrlinge dieses absolvieren sollen.

Der Ausschuss des Lehrlingsparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 21. Mai 2019 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung legten die Klubs ihre Standpunkte dar. Einig waren sich alle, dass das Praktikum nicht verpflichtend, sondern freiwillig sein soll. Auch die mögliche Dauer wurde ausführlich diskutiert, die Vorschläge gingen von mindestens 2 Wochen (Klub Weiß, Klub Orange) bis zu maximal 12 Monaten (Klub Weiß, Klub Gelb) in der gesamten Lehrzeit. Längere Aufenthalte sollen nach Klub Gelb zu einer Verlängerung der Lehrzeit führen. Im zweiten Teil der Sitzung präsentierten die Klubs ihre Abänderungsvorschläge.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Jessica **Meier**, Julia **Erlacher**, Jasmin **Klodner**, Florian **Reidlinger**, Anja **Vodiunik**, Veli **Selimi**, Julia **Streit**, Dejan **Buric** und die Ausschussobfrau Mag Julia **Kopecky**.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Anja **Vodiunik**, Florian **Reidlinger** und Jasmin **Klodner** einen Abänderungsantrag eingebracht. Dieser war wie folgt begründet:

„Das Praktikum soll freiwillig sein. Die Dauer soll variabel sein und so eine Abstimmung mit dem jeweiligen Lehrbetrieb und der Branche ermöglichen. Vor allem soll ausreichend Zeit sein, um Sprache und Besonderheiten des Betriebs kennenlernen zu können (z. B. in technischen Berufen oder im Bereich der Verwaltung). Das Praktikum soll nicht auf die EU beschränkt sein. Es ist wichtig, dass die Lehrlingsentschädigung weiter bezahlt wird. Sie soll aber angepasst werden, z.B. wenn in einem Land das Preisniveau höher als in Österreich ist.“

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung dieses Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit (**dafür**: Gelb, Orange, Violett, teilweise Weiß, **dagegen**: teilweise Weiß) beschlossen.

Zur Berichterstatterin für das Lehrlingsparlament wurde Abgeordnete Jasmin **Klodner** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Lehrlingsparlaments somit den **Antrag**, das Lehrlingsparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2019 05 21

Jasmin Klodner
Berichterstatterin

Mag. Julia Kopecky
Obfrau

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Lehrlingsparlaments.

Lehrlingsparlament beschließt freiwilliges Auslandspraktikum Teilnahme am EU-Programm Erasmus+ soll allen Lehrlingen ermöglicht werden

Wien (PK) - Alle Lehrlinge sollen während ihrer Ausbildung die Möglichkeit haben, im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Erasmus+ Erfahrungen im europäischen Ausland zu sammeln. Diese Ansicht teilten heute sämtliche Abgeordnete bei der Plenarsitzung des Lehrlingsparlaments. Das diesbezügliche "Erasmus+ Gesetz" wurde aber nur mit Mehrheit beschlossen. Fast alle Mitglieder des Klub Weiß votierten dagegen, weil ihrer Meinung nach das Gesetz in der vom LP-Ausschuss geänderten Fassung wichtige Aspekte wie Entlohnung und Versicherung der AuslandspraktikantInnen unzureichend regelt. Von den insgesamt elf Entschließungsanträgen, mit denen die MandatarInnen während der Plenarsitzung konkrete Forderungen zur Lehrlingsausbildung an die Regierung richteten, wurde der Großteil mehrheitlich angenommen. Nationalratsabgeordneter Nico Marchetti leitete die Sitzung, unter den BesucherInnen waren neben Bundesratspräsident Ingo Appé auch Gäste aus Luxemburg und Sambia.

Freiwilligkeit allen Fraktionen ein Anliegen

Mit der Novelle zum Berufsausbildungsgesetz wird Lehrlingen ermöglicht, an einem Lehrbetrieb in einem anderen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ein Praktikum zwischen drei Wochen und sechs Monaten zu absolvieren. Während dieser Zeit wird dem Lehrling freigegeben, der Lohn ist aber angepasst an das Lohnniveau des Praktikumsstaats weiterzubezahlen. Von sämtlichen Fraktionen begrüßt wurde bei der Plenardebatte der Beschluss des LP-Ausschusses, aus der ursprünglich geplanten Pflicht für Lehrlinge, ein Auslandspraktikum zu absolvieren, ein Recht zu machen. Für Abgeordneten Manuel Schleiner vom Klub Weiß beispielsweise entspricht ein Praktikum auf freiwilliger Basis einem der Grundsätze seiner Fraktion, der Freiheit. Orange-Mandatar Kevin Leitner erwartet, dass die Praktika aufgrund der Freiwilligkeit mehr Zuspruch erhalten als das bei einer Verpflichtung der Fall gewesen wäre. Seine Fraktionskollegin Stefanie Trajilovic sieht in der Freiwilligkeit die Grundlage für gelingendes Lernen, da freie Entscheidungen die Sinnhaftigkeit des eigenen Handels sicherstellen, so die Orange-Abgeordnete.

Die im Ausschuss getroffene Entscheidung, die Mindestzeit eines Praktikums von sechs Monaten auf drei Wochen zu verkürzen, wertete Abgeordneter Muslim Ibragimov (Orange) außerdem als wichtige Maßnahme im Sinne der freien Wahl. Ein Auslandsaufenthalt können dadurch auch ohne vorzeitigen Abbruch auf eine kurze Dauer begrenzt werden.

Gelb-Mandatar Benjamin Leitner erinnerte an die Teilnahme von 3.968 Lehrlingen an Erasmus+ im Jahr 2018, als er auf die Vorteile des Programms einging. Sowohl die Lehrlinge als auch ihre Unternehmen würden von den im Ausland gesammelten Erfahrungen profitieren. Ähnlich sehen es auch die Violett- Abgeordneten Ayvaz Havva und Aslihan Atak, wobei Letztere die persönliche Weiterentwicklung der Lehrlinge hervorhob. Mandatarin Jasmin Kloder vom Klub Orange betonte, zur finanziellen Absicherung der AuslandspraktikantInnen sei es wichtig gewesen, den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Entfall der Lehrlingsentschädigung während der Praktikumszeit aufzuheben. Die voraussichtliche Verdoppelung des Erasmusbudgets im nächsten EU-Finanzrahmen von 2021 bis 2027 lobte in Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage für Gelb Abgeordneter Thomas Wallner. Sein Fraktionskollege Dejan Buric trat zudem dafür ein, die für Menschen mit Behinderung anfallenden Zusatzkosten bei einem Auslandspraktikum vollständig zurückzuerstatten.

Fortsetzung**Kritik am Gesetz in der Minderheit**

Die unterschiedlichen Haltungen ihrer Fraktionen zum vorliegenden Gesetzesentwurf verdeutlichten in der Sitzung die Abgeordneten Felix Holoubek (Orange) und Sanja Stevanovic (Weiß) anhand der Versicherungsfrage für ErasmusteilnehmerInnen. Während Holoubek durch das "Erasmus+ Gesetz" bürokratische Hürden, etwa hinsichtlich Versicherung, ausgeräumt sieht, prangerte Stevanovic das Fehlen eines im Gesetz festgelegten Versicherungsschutzes für Lehrlinge auf Auslandspraktikum an. Ebenso vermisste sie klare Regelungen zur Entlohnung und zur Arbeitszeit und fand in ihren Kritikpunkten Bestätigung bei ihrer Klubkollegin Julia Streit. Violett-Mandatar Florian Reidlinger hielt wiederum entgegen, das neue Gesetz biete sowohl finanziell als auch versicherungsrechtlich Absicherung für ErasmusteilnehmerInnen. Nicht nur werde die Lehrlingsentschädigung dem jeweiligen EWR-Land angepasst, die Praktikumsdauer sei auch für die Pensionsjahre anrechenbar. Mit der Erweiterung des geographischen Praktikumsraums auf alle EWR-Länder blicke man über den "Tellerrand der EU" hinaus, zeigte sich Abgeordnete Caroline Macho (Orange) erfreut.

Namens des Klub Orange fasste Mandatar Veli Selimi zusammen, das Gesetz schaffe für alle Lehrlinge das Recht, Auslandserfahrungen im Rahmen der Ausbildung zu sammeln. Sowohl in finanzieller als auch in zeitlicher Hinsicht habe man dafür die besten Voraussetzungen geschaffen. Oberste Priorität bei der Initiative sei für alle Fraktionen die Streichung der Praktikumspflicht gewesen, ergänzte Abgeordneter Fabian Bachmann (Violett).

Detailforderungen zur Lehrlingsausbildung großteils gebilligt

Mit Zustimmung der Plenumsmehrheit verabschiedete das Lehrlingsparlament folgende sieben der elf Entschließungsanträge, die Abgeordnete aller Fraktionen im Laufe der Sitzung einbrachten. Der Sprachkompetenz von AuslandspraktikantInnen widmeten zwei Antragstellerinnen von Gelb besondere Aufmerksamkeit: Celine Hofer forderte verpflichtende Sprachkurse für TeilnehmerInnen an Erasmus+ und Melanie Simon regte Sprachtestungen vor und nach dem Praktikum an.

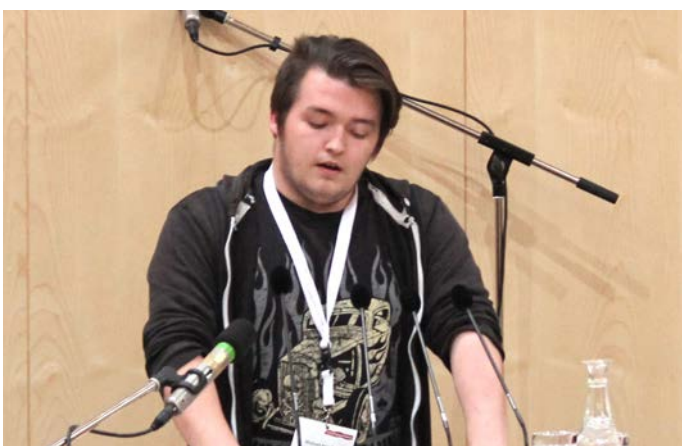
Die Qualitätssicherung der Unternehmen, in denen die Lehrlinge im Ausland tätig sind, ist Abgeordneter Kerstin Twal (Gelb) ein Anliegen, weswegen sie eine Prüfung der entsprechenden Betriebe durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) beantragte. Für österreichische Unternehmen, die ausländische ErasmuspraktikantInnen beschäftigen, will Mandatar Nikolaus Dorfmeister (Violett) zum gleichen Zweck ein WKO-Gütesiegel entwickelt wissen. Grundsätzlich sollten heimische Betriebe, die Lehrlingen aus dem Ausland Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, von der Bundesregierung Förderungen erhalten, so Abgeordnete Larissa Winter (Violett) in ihrem Antrag. Weiters habe die Regierung auch Lehrlingen mit Behinderung ein Auslandspraktikum zu ermöglichen, hält Gelb-Mandatarin Michelle Bruckner in dem von ihr eingebrachten Antrag fest. Konkret fordert sie gemeinsam mit ihren KlubkollegInnen für diese Personengruppe höhere Förderleistungen und eine Betreuungsperson vor Ort.

Orange-Abgeordneter Stefan Tauber nutzte die Sitzung, gegen Budgetkürzungen beim Berufsförderungsinstitut (BFI) aufzutreten. In seinem diesbezüglichen Antrag warnt er nicht nur vor dem Verlust von Lehrplätzen, sondern weist auch darauf hin, dass man BFI-Lehrlingen durch die Mittelkürzung auch die Möglichkeit nimmt, Erasmus+ zu nutzen.

Fortsetzung

Mehrheitlich abgelehnt wurden in der Sitzung die Gelb-Anträge eingebracht von Adrian Pansi und Stefan Kreuzer, die auf den Mehrwert eines Auslandspraktikums durch das Kennenlernen anderer Menschen und Kulturen abstellen. Demnach sollten nicht mehr als zwei Lehrlinge einer Firma in denselben ausländischen Betrieb gehen. Für österreichische wie ausländische ErasmusteilnehmerInnen regte Gelb Zusatzprogramme an, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden können. Ebenfalls nur eine Minderheit trug die von Abgeordnetem Lukas Rohrer beschriebene Violett-Initiative mit, in Berufsschulen ab dem ersten Lehrjahr Informationskampagnen über Auslandspraktika für Lehrlinge durchzuführen. Ohne Mehrheit blieb zudem der Antrag von Mandatar Michael Apachou (Weiß) auf Gewährung von Förderungen für Praktika weltweit. (Schluss)







DER NEUE GESETZESTEXT

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 26. März 1969 über die Berufsausbildung von Lehrlingen (Berufsausbildungsgesetz – BAG) geändert wird (Erasmus+ Gesetz)

Das Lehrlingsparlament hat beschlossen:

Änderung des Berufsausbildungsgesetzes

Das Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 32/2018 wird wie folgt geändert:

In § 10 wird ein neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Jeder Lehrling hat das Recht, im Rahmen der Ausbildung ein Praktikum in einem Lehrbetrieb in einem anderen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums zu absolvieren. Das Praktikum hat mindestens drei Wochen und maximal sechs Monate zu dauern. Dem Lehrling ist die erforderliche Zeit freizugeben. Der Lohn (Lehrlingsentschädigung) ist für die Zeit des Praktikums angepasst an das Lohnniveau des Praktikumsstaats weiterzubezahlen.“



ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Michelle Bruckner**, Dejan Buric, Joanna Storfa, Alen Suman (GELB)

betreffend **Förderung und Betreuung für Menschen mit Behinderung**

Wir möchten eine Förderung und intensive Betreuung vor Ort, für Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung einführen, weil diese Menschen sie am meisten benötigen und nicht benachteiligt werden sollen. Da diese Menschen nur mit gewisser Ausstattung oder medizinischem Vorrat die Möglichkeit haben zu reisen, soll diese gewährt werden, indem sie eine höhere Förderung erhalten. Außerdem soll es eine Vertrauensperson vor Ort geben, die sich intensiv mit dem Lehrling beschäftigt und individuell auf die Krankheit oder Beeinträchtigung der Person eingehen kann.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Förderung und Betreuung vor Ort für Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung bei einem Auslandspraktikum zu unterstützen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Melanie Simon**, Joanna Storfa, Alen Suman (GELB)

betreffend **Sprachüberprüfungen**

Wir fordern je eine Sprachtestung in der jeweiligen Landessprache vor und nach dem Auslandspraktikum. Damit sollen das derzeitige Sprachniveau und die Fortschritte, die vom Lehrling geleistet wurden, ermittelt werden. Dies soll den Lehrlingen sowie den Betrieben die Kenntnisse und Leistungen übersichtlich vor Augen halten.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, je eine Sprachtestung in der jeweiligen Landessprache vor und nach dem Auslandspraktikum durchzuführen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Adrian Pansi**, Celine Hofer, Alen Suman (GELB)

betreffend **Zusatzprogramme für Lehrlinge**

Wir möchten euer Augenmerk nun auf einen weiteren Entschliessungsantrag lenken, und zwar auf Zusatzprogramme für Lehrlinge. Wir in Österreich wollen als Vorbild für andere EU-Länder dienen, um künftigen Erasmus+ Teilnehmern und Teilnehmerinnen mehrere Zusatzprogramme ermöglichen. Zum Beispiel: ermäßigte Tickets für Freizeitaktivitäten. Geplant ist auch für österreichische Erasmus+ Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die im Ausland ein Praktikum absolvieren wollen, alle drei Monate ein Treffen im jeweiligen Praktikumsland zu organisieren, sodass sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen über ihre verschiedensten Erfahrungen austauschen können. Bei diesen Treffen soll auch grundsätzlich über Themen wie Europa, Toleranz und Kulturunterschiede diskutiert werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Zusatzprogramme im Rahmen von Erasmus+ zu schaffen, und zwar im Bereich Freizeit und zum Austausch der Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Stefan Kreutzer**, Adrian Pansi, Thomas Wallner (GELB)

betreffend **maximal 2 Lehrlinge pro Betrieb im selben Betrieb im Ausland**

Es sollen pro Betrieb maximal 2 Lehrlinge im selben Betrieb im Ausland aufgenommen werden, da die Lehrlinge sonst in ihren üblichen Gruppen bzw. Freundeskreisen bleiben und keine neuen Kontakte knüpfen, was jedenfalls nicht im Sinne des Erasmus+ Projekts wäre.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Vorsorge zu treffen, dass pro Betrieb nicht mehr als 2 Lehrlinge im selben Auslandsbetrieb aufgenommen werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Kerstin Trwal**, Benjamin Lettner, Michelle Bruckner (GELB)

betreffend **Prüfung der Betriebe**

Damit soll sichergestellt werden, dass für Lehrlinge vergleichbare Bedingungen wie in Österreich gelten.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Prüfung der Betriebe, in denen Praktika absolviert werden, durch die WKO zu organisieren.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Larissa Winter**, Aslihan Atak, Havva Ayvaz

betreffend **finanzielle Förderung für ausbildende Betriebe**

Um den Austausch von Lehrlingen aus unterschiedlichen Ländern in Europa zu fördern, braucht es auch in Österreich Betriebe, die Lehrlinge aus dem Ausland aufnehmen. Diese sollen dafür eine finanzielle Unterstützung unterhalten.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Förderungen für Unternehmen bereit zu stellen, die Lehrlingen aus dem Ausland Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Nikolaus Dorfmeister**, Robert Kis, Lukas Rohrer (VIOLETT)

betreffend **Gütesiegel für ausbildende Betriebe**

Um sicherzustellen, dass Unternehmen bestimmte Standards erfüllen, wenn sie Lehrlinge aus dem Ausland über Erasmus+ aufnehmen, soll es ein «Erasmus+ Gütesiegel» für Unternehmen geben.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Gesprächen mit der Wirtschaftskammer Österreich ein Gütesiegel für österreichische Unternehmen zu entwickeln, die Lehrlinge aus dem Ausland aufnehmen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Lukas Rohrer**, Niklaus Dorfmeister, Robert Kis (Violett)

betreffend **Information der Lehrlinge zu Auslandspraktika an Berufsschulen**

Um das Wissen über Auslandspraktika unter Lehrlingen zu erhöhen, soll es in Berufsschulen ab dem 1. Lehrjahr Informationskampagnen geben. Lehrlinge sollen dabei Infos zum Ablauf und über Fördermöglichkeiten für Praktika im Ausland erhalten.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Berufsschulen ab dem 1. Lehrjahr Informationskampagnen über Auslandspraktika für Lehrlinge durchzuführen. Dafür sollen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Stefan Tauber**, Kolleginnen und Kollegen (ORANGE)

betreffend **Budgetkürzungen BFI**

Durch den Entfall des 3. und 4. Lehrjahres nimmt man den Lehrlingen nicht nur die Chance auf eine gute Ausbildung, sondern bedroht auch ihre Existenz sowie auch die Möglichkeit, Erasmus+ zu nutzen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die möglichen Kürzungen betreffend das BFI noch einmal zu überdenken, weil durch die angedachten Budgetkürzungen Lehrlingsplätze verloren gehen bzw. die Lehre gekürzt würde.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Celine Hofer**, Thomas Wallner, Anja Vodiunik (Gelb)

betreffend **Sprachkurse für ERASMUS+ Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Wir wollen, dass alle Lehrling vor dem Praktikum einen verpflichtenden Sprachkurs absolvieren, um das von den Betrieben geforderte Niveau zu erreichen. Außerdem soll es im Ausland die Möglichkeit geben, freiwillig weitere Sprachkurse zu besuchen, um das Sprachniveau zu verbessern.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, verpflichtende Sprachkurse für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Erasmus+ anzubieten.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Michael Apachou**, Patrick Miklau, Nadine Samitsch (Weiß)

betreffend **Fördermittel für Praktika in der EU und weltweit**

Aufgrund von mehr Fördermitteln haben viel mehr Lehrlinge eine Chance, ein Auslandspraktikum zu absolvieren. Um den Lehrlingen bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu ermöglichen, bietet sich ein Praktikum außerhalb der EU an. Um die Arbeitsverhältnisse von Nicht-EU-Staaten kennenzulernen und Arbeitskulturen in die eigene Firma einzubringen, ist es wichtig, dass Lehrlinge auch Länder außerhalb der EU bereisen können.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mehr Fördermittel für Auslandspraktika der Lehrlinge innerhalb der EU sowie auch weltweit bereitzustellen.







DAS REPORTAGETEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Nicole Bauer



Lea Ertl



Jenny Holzer



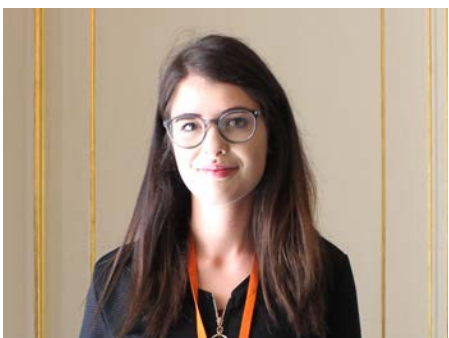
Rene Jäger



Adrian Ruppitsch



Engelbert Florian Seiser



Angelika Strempfel



Manuel Toth



Thomas Weigand

PARLAMENTS- KORRESPONDENZ



Michael Georg Tomić

